

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 09.06.2016

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 21:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)
Herr Klaus-Dieter Hoffmann
Herr Simon Lange
Herr Günter Möller
Herr Werner Thole - Vors. / RM
Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth
Herr Nesrettin Akay - Vors.
Frau Ursula Fecke
Frau Melanie Grbeva
Herr Patrick Mayregger

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen - Vors.
Herr Roland Lasche

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Die Linke

Herr Hans-Dietmar Hölscher

Gast

Herr Duespohl Planungsbüro Röver (zu TOP 7 + 8)

Von der Verwaltung

Herr Homann	Amt für Verkehr	(zu TOP 6)
Frau Dobelmann	Amt für Verkehr	(zu TOP 7 + 8)
Frau Jack	VHS-Nebenstellenleiterin	(zu TOP 9)
Frau Hennen	Umweltbetrieb	(zu TOP 10)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötze	Bezirksamt Heepen	
Herr Steinmeier	Bezirksamt Heepen	(Schriftführer)

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

Herr Schlifter (FDP) - ab 17.13 Uhr / TOP 6

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

Ratsmitglied Herr Schlifter (FDP)

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

Einige Einwohnerinnen und Einwohner melden zu den Tagesordnungspunkten **6** (Detmolder Straße - Radwegeverbindung im Abschnitt Lagesche Straße bis Pyrmonter Straße), **7** (Kreisverkehr Detmolder Straße / Oerlinghauser Straße / Obere Hillegosser Straße), **8** (Ausbau Oerlinghauser Straße zwischen Detmolder Straße und Ortsdurchfahrt) und **10** (Friedhofsbedarfsplanung und Kapellenkonzept) Fragestellungen an.

Bezirksbürgermeister Schäffer sagt zu, die Sitzung im Rahmen der Beratungen dieser Tagesordnungspunkte jeweils für Einwohnerfragen zu unterbrechen.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. –

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 17. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 12.05.2016

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 17. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 12.05.2016 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

– bei 1 Enthaltung einstimmig beschlossen –

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 2 *

Zu Punkt 3 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 Beitragsabrechnungen nach KAG

Das Amt für Verkehr hat den Stadtentwicklungsausschuss am 24.05.2016 über die folgenden KAG-Abrechnungen im Stadtbezirk Stieghorst informiert:

Am Niederfeld - Beleuchtung der Stichstraßen

Anlage	Gesamtkosten	Beitragsfähiger Aufwand	Umlagefähiger Aufwand
e n t l a n g Haus-Nr. 23 bis 23 k	4.047,93 €	4.047,93 €	3.238,34 € (80 %)
e n t l a n g Haus-Nr. 25 bis 25 h	4.047,93 €	4.047,93 €	3.238,34 € (80 %)
e n t l a n g Haus-Nr. 27 bis 27 i	3.213,99 €	3.213,99 €	2.571,19 € (80 %)
e n t l a n g Haus-Nr. 29 bis 29 i	3.396,05 €	3.396,05 €	2.716,84 € (80 %)
e n t l a n g Haus-Nr. 31 bis 31 g	4.234,59 €	4.234,59 €	3.387,67 € (80 %)

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. –

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3 *

3.2 Aufstellen einer Garage auf dem Areal des Sportplatzes Ubbedissen (BV Stieghorst, 12.05.2016, TOP 3.1)

Zur Mitteilung in der Sitzung am 12.05.2016 wurde die Frage gestellt, ob die

Abstimmung des Standortes der Garage im Konsens zwischen dem Schulleiter und dem Sportverein erfolgt sei.

Das Sportamt und das Amt für Schule haben diesen Konsens bestätigt.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.3 **Künstlerische Gestaltung einer Betonwand auf dem Schulhof der Grundschule Ubbedissen**

Das Amt für Schule hat mitgeteilt, dass die Grundschule Ubbedissen eine Genehmigung zur künstlerischen Gestaltung der über Eck verlaufenden Beton-Stützwand neben dem Altbau der Grundschule Ubbedissen beantragt hat.

Die Kosten des Projektes werden komplett aus dem der Schule verliehenen Förderpreis der Bürgerstiftung getragen.

Nach erfolgter Abstimmung mit dem UWB und dem ISB steht einer Gestaltung der Mauer unter Beachtung der Graffitirichtlinien nichts entgegen.

Der ISB hat aber darauf hingewiesen, dass

- der ISB im Vorfeld über die Gestaltung zu informieren ist,
- der ISB keinerlei Kosten sowohl bei Zerstörung als auch zur Entfernung von Graffiti durch Neuanstrich der Fläche übernimmt und
- der ISB die Beseitigung verlangen wird, sofern das Graffiti unansehnlich werden sollte.

Die Umsetzung des Projektes soll vor den Herbstferien 2016 erfolgen.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.4 **Sanierung und Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Straße Myrtenweg**

(BV Stieghorst, 12.05.2016, TOP 3.3)

Herr Skarabis verweist auf die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilte ergänzende Mitteilung des Amtes für Verkehr vom 30.05.2016.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. –

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3 *

3.5

Fahrgastunterstände an den Haltestellen „Wrachtrup“ an der Lämershagener Straße und „Wrachtrupstraße“ an der Oerlinghauser Straße stadtauswärts

Unter Bezugnahme auf die Mitteilung zu Punkt 3.7 der Sitzung der Bezirksvertretung am 12.05.2016 verweist Herr Skarabis auf die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilte Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 07.06.2016.

Der durch Anprallschaden zerstörte Fahrgastunterstand an der Haltestelle „Wrachtrup“ an der Lämershagener Straße in Richtung Sennestadt werde durch eine provisorische/mobile Wartehalle innerhalb der nächsten 2 Wochen ersetzt.

Für den Fahrgastunterstand „Wrachtrupstraße“ in der Oerlinghauser Straße stadtauswärts seien umfangreiche Arbeiten an der Böschungsseite erforderlich.

Zwischen dem Amt für Verkehr, dem Landesbetrieb Straßen NRW und Firma Ströer seien noch umfangreiche Abstimmungen erforderlich, die eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen würden.

Auf Nachfrage von Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) erläutert Herr Skarabis, dass zunächst die Stadt Bielefeld den barrierefreien Buskap und anschließend die Firma Ströer den Fahrgastunterstand errichten würden.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. –

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3 *

3.6

Anregung gem. § 24 GO NRW im Auftrag der Schulkonferenz der Osningschule

Herr Skarabis teilt mit, dass der stellvertretende Schulpflegschaftsvorsitzende der Osningschule im Auftrag der Schulkonferenz gem. § 24 GO NRW angeregt habe, einen Fußgängerweg am Ende des Wendehammers der Neuen Straße zu planen sowie Lösungen zur besseren Regelung der Verkehrssituation am Windmühlenweg zu erarbeiten.

Diese im Detail begründeten Anregungen seien den Mitgliedern der Bezirksvertretung am 06.06.2016 per E-Mail zugeleitet worden.

Nach § 24 GO NRW werde dieses Anliegen in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung am 01.09.2016 zur Beratung in die Tagesordnung aufgenommen.

Das Amt für Verkehr und das Amt für Schule würden vorab beteiligt und um eine Einschätzung zur Sitzung am 01.09.2016 gebeten.

Der stellvertretende Schulpflegschaftsvorsitzende sei mit Zwischennachricht vom 06.06.2016 über dieses Verfahren informiert worden.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. –

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 3 *

Zu Punkt 4 Anfragen

Anfragen der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 4*

Zu Punkt 5 Anträge

Anträge der Fraktionen und Parteien liegen zur Sitzung nicht vor.

Zu Punkt 6

Detmolder Straße
- Radwegeverbindung im Abschnitt Lagesche Straße
bis Pyrmonter Straße -
- 1. Lesung -

Herr Homann (Amt für Verkehr) bezieht sich auf den Workshop am 04.03.2016 und die Ergebnispräsentation am 23.05.2016.

Sodann erläutert er mittels Beamer diese Ergebnispräsentation, die im Internet abrufbar und der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Die wesentlichen Ergebnisse fasst er wie folgt zusammen:

- Fahrbahndeckensanierung aus Rückstellungsmitteln für Instandhaltung mit Zweckbindung bis Ende 2016 (Auftragserteilung noch in 2016 erforderlich),
- F a h r b a h n r i n n e n s a n i e r u n g ,
- Markierung eines Fahrradschutzstreifens auf der Nordseite der Detmolder S t r a ß e ,
- Aufhebung des benutzungspflichtigen Zweirichtungsradweges,
- keine Ausweitung der Tempo 30-Beschilderung im Bereich der Grundschulen,

- Schaffung von Parkmöglichkeiten auf der Fahrbahn durch markierte P a r k b u c h t e n ,
- barrierefreier Ausbau von Querungshilfen und Bushaltestellen,
- Aufhebung der Benutzungspflicht von Radwegen, Ausnahme: Radfahrstreifen,
- keine Einschränkungen des Busverkehrs (Linien 38 und 138),
- Entscheidung über die Detailplanung am 01.09.2016 durch die Bezirksvertretung und am 20.09.2016 durch den Stadtentwicklungsausschuss.

Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass die Grundschule Ubbedissen an einer Verlegung der Elternhaltestelle zur Pyrmonter Straße im Bereich der Sporthalle interessiert sei. Die Haltestellen für den Linienverkehr und den Schulbus sollten zusammengelegt werden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay merkt an, dass die bepflanzte Mittelinsel im Bereich der Grundschule Hillegossen erhalten bleiben sollte.

Herr Homann sagt wegen der Zusammenlegung der Haltestellen ein Abstimmungsgespräch mit der moBiel GmbH zu.

Für den Bereich der Grundschule Hillegossen sei der Entfall der bepflanzten Mittelinsel zugunsten der Fortführung des Schutzstreifens favorisiert worden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole kritisiert die zur Beratung vorgelegten Pläne. Für die von der Bezirksvertretung am 01.09.2016 erwartete Beschlussfassung seien Pläne mit Erkennungswert erforderlich.

Am Beispiel eines Straßenabschnitts im Bereich des Markant-Marktes in Ubbedissen verweist er auf eine künftige Rest-Fahrbahnbreite von ca. 4,80 m zwischen dem nördlichen Schutzstreifen für den Radverkehr und markierten Parkständen.

Ohne Überfahren des Schutzstreifens sei Begegnungsverkehr von z. B. einem Lkw und einem Bus nicht mehr möglich.

Damit vermittele der Schutzstreifen eine trügerische Sicherheit.

Er möchte wissen, warum der im Jahr 2014 abgestimmte Zweirichtungsradweg nicht beibehalten werde.

Im Übrigen würden durch die Neuregelung im Straßenraum viele Parkmöglichkeiten entfallen.

Zum Kreuzungsbereich Lagesche Straße / Breslauer Straße / Detmolder Straße merkt er an, dass neben dem geplanten Fahrradschutzstreifen für den Geradeausverkehr von der Detmolder Straße in die Breslauer Straße nur noch eine Fahrbahnbreite von 2,75 m verbleibt. Dies bedeute für den Radfahrer keine Sicherheit.

Lediglich 20 cm müssten vom vorhandenen Gehweg abgetrennt werden, um den Radweg für beide Fahrrichtungen ausweisen zu können.

Herr Homann (Amt für Verkehr) teilt mit, dass aktuelle und lesbare Pläne im Vorfeld eines Beschlusses verfügbar sein würden. Heute werde die Bezirksvertretung lediglich über einen Zwischenstand informiert.

Herr Homann bestätigt, dass eine Fahrbahnbreite von 4,80 m für den Begegnungsverkehr von z. B. 2 Lkw nicht ausreiche. Hier biete der Schutzstreifen eine Überfahrmöglichkeit unter der Voraussetzung, dass dieser zum betreffenden Zeitpunkt von keinem Radfahrer genutzt werde.

Der Zweirichtungsradweg müsse nach der Straßenverkehrsordnung aufgehoben werden. Das Benutzungsrecht in Gegenrichtung sei 2014 ausnahmsweise und nur vorübergehend bis zur Planung und Durchführung einer rechtsseitigen Radverkehrsanlage eingeräumt worden. Die ausnahmsweise Benutzung in Gegenrichtung setze voraus, dass die lichte

Breite des Radweges durchgehend in der Regel 2,40 m betrage und nur wenige Kreuzungen, Einmündungen und verkehrsreiche Grundstückszufahrten zu überqueren seien. Diese Voraussetzungen seien jedoch nicht erfüllt und könnten hinsichtlich der baulichen Voraussetzungen nur mit einem unverhältnismäßigen Aufwand hergestellt werden. Im Falle eines Unfalls würde die Stadt Bielefeld zur Rechenschaft gezogen, falls die Benutzung in Gegenrichtung weiterhin aufrechterhalten bleiben würde.

Die Fahrbahnbreite im Kreuzungsbereich mit der Lageschen Straße und der Breslauer Straße werde noch mit der moBiel GmbH diskutiert. Evtl. könne die Geradeaus-Spur noch auf 3 m verbreitert werden.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen dankt der Verwaltung für das durchgeführte Beteiligungsverfahren. Die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger seien eingeflossen.

Verkehrssicherheit sei ein wichtiger Aspekt. Deshalb müsse die Frage gestellt werden, ob ein Schutzstreifen diese Sicherheit gewährleisten könne. Erforderlich seien Stellungnahmen von Radverkehrsexperten.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole erwartet zu dem Radverkehrskonzept eine Stellungnahme der moBiel GmbH zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung. Probleme wie bei der Stieghorster Straße dürften sich nicht wiederholen.

Durch die Planung würden voraussichtlich viele Parkflächen entfallen. Er bittet die Verwaltung um eine Bedarfsermittlung und Gegenüberstellung des Parkflächenangebotes heute und künftig nach erfolgter Umgestaltung. Radfahren sei wichtig, aber Kompromisse müssten gefunden werden.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) bewertet eine Zusammenlegung der Linien- und Schulbushaltestelle im Bereich der Grundschule Ubbedissen positiv. Die Linienbushaltestelle am jetzigen Standort werde seit Jahren vermüllt und die Anwohner seien einer ständigen Lärmbelästigung ausgesetzt. Anwohnerbeschwerden habe die Verwaltung jahrelang ignoriert. Jetzt würden geeignete Maßnahmen realisiert, weil die Verwaltung eine bestimmte Konzeption verfolge. Er kritisiert das bisherige Verhalten mit dem Hinweis, dass die Verwaltung so mit dem Bürger nicht umgehen dürfe.

Herr Homann führt aus, dass der ADFC an dem Verfahren beteiligt sei.

Die moBiel GmbH habe in erster Linie den Fahrkomfort im Blick. Zusammen mit der Beschlussvorlage werde der Bezirksvertretung zur nächsten Sitzung eine Stellungnahme der moBiel GmbH vorgelegt.

Zur Parkplatzbilanz stellt Herr Homann fest, dass es z. Z. keine geregelte Parksituation gebe. Der Planung werde eine Fahrzeugzählung gegenübergestellt und das Ergebnis in die Beschlussvorlage einfließen.

Eine gemeinsame Linien- und Schulbushaltestelle müsse mit der moBiel GmbH noch abgestimmt werden, da diese am jetzigen Standort nicht barrierefrei

eingerrichtet werden könne.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole macht auf einen weiteren für Radfahrer kritischen Punkt aufmerksam.

Im Kurvenbereich der Detmolder Straße kurz vor Einmündung in die Lagesche Straße müssten Radfahrer die Fahrspur wechseln, um in Richtung Unterführung weiterfahren zu können.

Dies sei ein Sicherheitsrisiko.

Er bittet um Ermittlung und Darstellung der Anzahl an Radfahrern in diesem Abschnitt.

Herr Homann teilt hierzu mit, dass die derzeitige Situation für Radfahrer mit der Folge einer vermutlich geringen Frequenz unzureichend sei.

Die Planung solle diesen Zustand verbessern.

In Richtung Unterführung müsse die Fahrbahn gequert werden.

Alternativ könne der Radfahrer auf dem Schutzstreifen den Knotenpunkt queren und in der Breslauer Straße links abbiegen.

Mitglied Lange (CDU-Fraktion) vertritt die Ansicht, dass die Planung an den kritischen Punkten keine sicheren Lösungen für Radfahrer beinhalte. Es fehle der „rote Faden“ für die gesamte Strecke. Die Planung erzeuge mehr Unsicherheit.

Der Einzelhandel in Hillegossen und Ubbedissen dürfe nicht beeinträchtigt werden.

Herr Homann widerspricht dieser Darstellung von Mitglied Lange und erläutert die Verbesserung am Beispiel der Einmündung Pyrmonter Straße.

– Um 17.55 Uhr unterbricht Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. –

Ein Bürger verweist auf die Querungshilfe in Höhe der Bushaltestelle an der Grundschule Ubbedissen.

Krafffahrzeuge müssten hinter einem haltenden Bus warten, Radfahrer jedoch würden dort vorbeifahren. Dies könne zu Kollisionen u. a. mit querenden Fußgängern führen.

Ein Problem seien auch die Ausfahrten in den fließenden Verkehr.

Absehbar sei, dass die Sparkasse und die Schule ihre Parkplätze für die Allgemeinheit sperren würden.

Herr Wagner (Apotheker in Ubbedissen) appelliert, die Interessen der Kaufleute nicht zu vernachlässigen. Parkplätze seien wichtig. Zu bestimmten Tageszeiten reiche das Angebot an Parkflächen in Ubbedissen bereits in der aktuellen Situation nicht aus.

Ein Bürger mahnt eine Abstimmung mit den ansässigen Unternehmen an. Die Geschäfte müssten mit Schwerlastverkehr auch weiterhin beliefert werden können.

Außerdem müsse berücksichtigt werden, dass die Detmolder Straße bei einem Unfall auf der Lageschen Straße zur Ausweichstrecke werde.

Herr Homann räumt ein, dass das Parkangebot durch Markierung von Parkständen etwas geringer werde. Die beauftragte Ermittlung des Parkbedarfes werde realistisch sein.

Der Anlieferverkehr könne mit den Geschäften noch abgestimmt werden.
Unfallbedingte Umleitungsverkehre würden sich nicht lösen lassen.

Ein Bürger unterbreitet abschließend einen Alternativvorschlag zur Ermittlung des Parkraumbedarfes durch Anwendung von Google Earth.

Herr Homann verweist auf einen zu großen Ermittlungsaufwand, da Parkverbote und Zufahrten berücksichtigt werden müssten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. / 1. Lesung -

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 6 *

-.-.-

Zu Punkt 7 **Kreisverkehr Detmolder Straße / Oerlinghauser Straße /
Obere Hillegosser Straße**
- 1. Lesung -

Frau Dobelmann (Amt für Verkehr) führt mittels Beamer-Präsentation (Anlage zur Niederschrift) in die Thematik ein.

Die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes am Knotenpunkt in Hillegossen sei seit dem Jahr 2002 in der Diskussion.

Nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz i. V. mit einem entsprechenden Ratsbeschluss bestehe aktuell eine Finanzierungs- und somit Realisierungsmöglichkeit.

Voraussetzung für die Förderung sei eine Lärminderungsmaßnahme.

Die Planung müsse noch in vielfältiger Hinsicht weiter entwickelt und abgestimmt werden.

Gleichwohl wolle die Verwaltung bereits über den derzeitigen Planungsstand informieren, um eventuelle Planungsvorgaben der Politik berücksichtigen zu können.

Beschlussfassungen durch die Bezirksvertretung und den Stadtentwicklungsausschuss würden für Herbst 2016 angestrebt.

Nach erfolgter Deckensanierung könne das Projekt Ende 2017 realisiert werden.

Der Vorschlag der Verwaltung beinhalte keine Variante mit Berücksichtigung einer Stadtbahnverlängerung, da diese innerhalb des 10-jährigen Zweckbindungszeitraumes der Fördergelder kaum realisiert werden dürfte.

Zu einem späteren Zeitpunkt müsse der Kreisverkehr unter Berücksichtigung der Stadtbahn evtl. neu geplant werden.

Herr Duespohl (Planungsbüro Röver) erläutert sodann mittels Beamer-Präsentation (Anlage zur Sitzungsniederschrift)

- die Ermittlung der Verkehrsbelastung,
- die Analysedaten für die Berechnung der Leistungsfähigkeit,
- die Leistungsfähigkeitsberechnung der Lichtsignalanlage,
- die Leistungsfähigkeitsberechnung eines Kreisverkehrsplatzes,
- die geplante Radfahrer-Führung und
- den Querschnitt des Kreisverkehrsplatzes.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole bezieht sich auf die beschriebene Leistungsfähigkeit eines Kreisverkehrs mit den Qualitätsstufen B (kurze Wartezeiten) bis D (beträchtliche Wartezeiten / noch stabiler Verkehrszustand). Damit sei die Leistungsfähigkeit eines Kreisverkehrsplatzes ähnlich begrenzt, wie die der vorhandenen Lichtsignalanlage.

Unter Berücksichtigung einer später evtl. querenden Stadtbahn müsse u.U. eine ungenügende Leistungsfähigkeit einkalkuliert werden.

Sodann möchte er wissen, ob der Kreisverkehr im Falle einer Stadtbahnverlängerung später wieder komplett umgebaut werden müsse und ob bereits Abstimmungsgespräche mit dem Eigentümer des Hauses Detmolder Str. 572 stattgefunden hätten, dessen Grundstück für die Anlage eines Kreisverkehrsplatzes zum Teil in Anspruch genommen werden müsste.

Ferner verweist er auf die Konzeption, wonach Radfahrer im Kreisverkehr nicht überholt werden sollen und jede Straßeneinmündung in den Kreisverkehr mit einem Vorrang für Fußgänger durch Zebrastreifen ausgewiesen werde. Hierdurch werde die Leistungsfähigkeit zusätzlich eingeschränkt.

Herr Duespohl merkt an, dass die Einflüsse durch Radfahrer und Fußgänger bei der Leistungsfähigkeitsberechnung bereits berücksichtigt worden seien.

Zebrastreifen würden mit mindestens 4 m Abstand zur Einmündung in den Kreisverkehr angelegt.

Unter Berücksichtigung einer querenden Stadtbahn würden sich die Wartezeiten zwangsläufig erhöhen. Gleichwohl führe der Vorrang des ÖPNV zu keiner Kapazitätseinschränkung.

Frau Dobelmann (Amt für Verkehr) teilt mit, dass mit den Eigentümern des Hauses Detmolder Str. 572 bisher noch keine Grunderwerbsverhandlungen geführt worden seien.

Der Kreisverkehr könne aber selbst dann realisiert werden, wenn auf den Grundstücksanteil verzichtet werden müsste.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen dankt der Verwaltung und dem Planungsbüro für die Konzeptvorstellung.

Eine berechnete Leistungsfähigkeit der Qualitätsstufen B bis D könne nicht positiv gesehen werden, da es sich lediglich um eine befriedigende bis ausreichende Leistungsfähigkeit handele, die auch mit der Lichtsignalanlage erzielt werde.

Von großer Bedeutung sei auch die Verlängerung der Stadtbahnlinie 3, die bei allen Überlegungen und Planungen bereits berücksichtigt werden sollte.

Der Vorteil eines Kreisverkehrs sei nicht erkennbar.

Für dieses Projekt seien überzeugende Argumente erforderlich, die bisher nicht geliefert worden seien.

Herr Duespohl macht darauf aufmerksam, dass ein Kreisverkehr die Lärmwerte verbessere und das Geschwindigkeitsniveau reduziere.

Die Einplanung der Stadtbahn sei zwar möglich, jedoch wegen einer abweichenden Höhenentwicklung sehr schwierig.

Frau Dobelmann merkt an, dass bis zu einer Realisierung der Stadtbahnverlängerung noch viele Jahre vergehen würden. Hierauf könne bei der Planung eines Kreisverkehrs nicht gewartet werden.

Einer zeitlichen Verzögerung durch Berücksichtigung der Stadtbahn würde außerdem das Förderprogramm entgegenstehen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay spricht sich grundsätzlich für die Installierung eines Kreisverkehrs aus.

Die SPD-Fraktion benötige jedoch eine verbindliche Aussage, dass der Kreisverkehr keine Behinderung für die Verlängerung der Stadtbahnlinie darstelle.

Frau Dobelmann stellt fest, dass ein Umbau des Kreisverkehrs innerhalb von 10 Jahren ab Fertigstellung wegen der Fördermodalitäten unwirtschaftlich sei. Ein Umbau nach Ablauf von 10 Jahren sei hingegen unschädlich.

Ratsmitglied Schlifter (FDP) geht von der Annahme aus, dass ein Umbau für die Stadtbahn auch nach 10 Jahren noch unwirtschaftlich sein könnte.

Herr Duespohl sieht die Lösung in einer Minimierung des Umbaumannfanges. Eine 100 %-tige Planungssicherheit sei nicht möglich. Die für die Stadtbahn erforderliche Signalisierung könnte evtl. bereits vorbereitet werden.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen betont, dass die Leistungsfähigkeit des Kreisels durch Realisierung der Stadtbahn nicht ungenügend werden dürfe.

Er verlangt nochmals stichhaltige Argumente für den Bau eines Kreisverkehrs.

Sodann hinterfragt er den erst für Ende 2017 geplanten Baubeginn.

Frau Dobelmann teilt mit, dass die Förderfrist für eine vernünftige Planung, Baudurchführung und Abrechnung bis Ende 2017 zu kurz sei. Diese Frist werde voraussichtlich um 2 Jahre verlängert, so dass der Abrechnungszeitraum frühestens Ende 2020 enden werde.

Mitglied Vagt (BfB) macht darauf aufmerksam, dass das Geschäft im Gebäude Detmolder Str. 572 aufgelöst werde. Verhandlungen mit dem Eigentümer sollten vor einer Folgenutzung geführt werden.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) vertritt die Ansicht, dass eine Realisierung der Stadtbahnverlängerung in 10 Jahren „sportlich“ gedacht sei.

Er möchte wissen, ob der Knotenpunkt in Hillegossen bei Verzicht auf einen Kreisverkehr in den nächsten 10 bis 15 Jahren unangetastet bleibe oder trotzdem verändert werden müsse.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier möchte wissen, ob die Fördergelder für die Sanierung der Detmolder Straße ebenfalls zurückgezahlt werden müssten.

Frau Dobelmann sagt Grunderwerbsverhandlungen mit dem Eigentümer des Gebäudes Detmolder Str. 572 zu.

Ferner teilt sie mit, dass auch bei Verzicht auf den Kreisverkehr die Lichtsignalanlage für eine Stadtbahnverlängerung umgebaut werden müsste. Voraussichtlich würde die vorhandene LZA bereits nach Realisierung der neuen Radverkehrsanlage nicht mehr ausreichen.

Eine Rückzahlung der Fördergelder für die Straßensanierung müsse geprüft werden.

Sie erinnert nochmals daran, dass der Kreisverkehr seit dem Jahr 2002 diskutiert werde und politisch gewollt sei.

Lärmminderungskriterien als Fördervoraussetzung würden voraussichtlich nur in Verbindung mit einem Kreisverkehr erfüllt werden können.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole stellt fest, dass Wahrscheinlichkeiten in Fakten geändert werden müssten. Die ursprüngliche Planung aus dem Jahr 2002 sei grundlegend anders als das jetzt vorgestellte Konzept gewesen. Benötigt würden Fakten und Kosten. So müsse z. B. eindeutig die Frage beantwortet werden, ob die vorhandene Lichtzeichenanlage ausreichend ist oder nicht.

Fraktionsvorsitzender Akay erklärt, dass die SPD-Fraktion insbesondere Klärungsbedarf im Hinblick auf eine Verlängerung der Stadtbahnlinie 3 habe.

Die Stadtbahnverlängerung nach Hillegossen müsse kommen und dürfe durch einen Kreisverkehr nicht behindert werden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. / 1. Lesung -

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 7 *

-.-.-

**Zu Punkt 8 Ausbau Oerlinghauser Straße zwischen Detmolder Straße und OD
- 1. Lesung -**

Vor Eintritt in die Präsentation und Beratung beantragt CDU-Fraktionsvorsitzender Thole die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes, da die zur Verfügung gestellten Planunterlagen unbrauchbar seien.

Fraktionsvorsitzender Akay erklärt, die SPD-Fraktion widerspreche diesem Antrag der CDU-Fraktion.

Die heutige 1. Lesung sollte zur Klärung von Fragen genutzt werden.

Über den Antrag der CDU-Fraktion ergeht sodann folgender

B e s c h l u s s:

Der Punkt 8 *Ausbau Oerlinghauser Straße zwischen Detmolder Straße und OD - 1. Lesung* - wird von der heutigen Tagesordnung abgesetzt.

Dafür: 8 Stimmen

Dagegen: 9 Stimmen

Enthaltungen: ---

– mithin abgelehnt -

Frau Dobelmann (Amt für Verkehr) berichtet, dass der Rat der Stadt am 28.04.2016 den Ausbau der Oerlinghauser Straße zwischen Detmolder Straße und OD in den Antrag auf Förderung nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz aufgenommen habe.

Zum jetzigen Zeitpunkt beinhaltet das Ausbaukonzept noch keinerlei Festlegungen. Eine Beschlussfassung werde erst für das Jahr 2017 angestrebt, da die Baumaßnahme erst nach Fertigstellung der Deckensanierung Detmolder Straße und eines Kreisverkehrs durchgeführt werden könne.

Herr Duespohl (Planungsbüro Röver) erläutert die Planung mittels Beamer-Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay bewertet die Linksabbiegespur in den Lipper Hellweg und die geplanten Radfahrerschutzstreifen positiv.

Wünschenswert sei eine Lösung für den auf dem Lipper Hellweg im Einmündungsbereich zur Oerlinghauser Straße schraffierten Fahrbahnteil.

Im Übrigen stellt er ebenfalls fest, dass die verfügbaren Pläne mit der vorgestellten Konzeption nicht übereinstimmen würden.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen moniert ebenfalls die Aktualität der Planunterlagen.

Der Stellenwert zur Verbesserung des Radverkehrs sei jedoch erkennbar.

Fraktionsvorsitzender Thole erklärt, die CDU-Fraktion benötige mangels vernünftiger Pläne noch eine weitere Lesung.

Sodann verweist er auf die Baukosten in Höhe von ca. 1,6 Mio. Euro. Bereinigt um Zuschüsse verbleibe immer noch ein erheblicher Kostenanteil bei der Stadt Bielefeld.

Zur nächsten Sitzung wünscht er Informationen zur Höhe des städtischen Kostenanteils und zur Höhe der Anliegerbeiträge.

Frau Dobelmann macht deutlich, dass es sich bei dem vorgestellten Konzept um erste grobe Überlegungen handele, über die die Politik gleichwohl informiert werden sollte.

Kosten und Anliegerbeiträge könnten erst in einem späteren Planungsstadium berechnet werden.

Anliegerbeiträge würden maximal für Gehwege und Beleuchtung anfallen können.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. / 1. Lesung -

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9

Programm der Volkshochschule - Nebenstelle Stieghorst - Studienjahr 2016/2017

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3026/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Jack (VHS-Nebenstellenleiterin) skizziert kurz die Entwicklung der Nebenstelle und die Schwerpunkte des neuen Programms.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen dankt Frau Jack für die geleistete Arbeit.

Er möchte wissen, woher die Anregungen für neue Angebote (z. B. Spanischkurs) kommen würden.

Frau Jack macht darauf aufmerksam, dass Spanisch die weltweit am meisten

„Der Ausschluss der Neuvergabe von Nutzungsrechten für den Friedhof Lämershagen ist aus der Beschlussempfehlung zu streichen.“

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier erklärt sich mit der Außerdienststellung von Flächen auf den Friedhöfen Sieker und Ubbedissen einverstanden.

Für den Friedhof Lämershagen müssten jedoch weiterhin neue Nutzungsrechte auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vergeben werden.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen schließt sich den Positionen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion an.

Die Bürgerinnen und Bürger eines Ortsteiles am Stadtrand seien ohnehin in vielfältiger Art und Weise mit weiten Wegen konfrontiert. Eine zusätzliche Beschneidung der Bestattungsmöglichkeiten sei nicht akzeptabel.

Im Übrigen müssten die ungenutzten Flächen weiterhin gepflegt werden, so dass eine Kostenersparnis kaum realisiert werden dürfte.

– Um 20.25 Uhr unterbricht Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. –

Eine Bürgerin spricht sich für die Beibehaltung der Neuvergabe von Nutzungsrechten aus.

Auf Nachfrage einer Bürgerin erklärt Frau Hennen die Situation der kommunalen Friedhöfe im Stadtbezirk Mitte.

Weiteren Forderungen zur Beibehaltung der Neuvergabe von Nutzungsrechten entgegnet Frau Hennen mit dem Hinweis auf lediglich eine Neuvergabe im Jahr 2015.

– Um 20.30 Uhr wird die Beratung in öffentlicher Sitzung fortgesetzt. –

Über den Änderungsantrag ergeht sodann folgender

B e s c h l u s s:

Für den Friedhof Lämershagen ist die Neuvergabe von Nutzungsrechten weiterhin zu gewährleisten.

– einstimmig

beschlossen

-

Frau Hennen (Umweltbetrieb) erläutert sodann mittels Beamer die Präsentation des Kapellenkonzeptes, die der Niederschrift als Anlage ebenfalls beigefügt ist.

Dabei geht sie auf verschiedene Kriterien gem. Ziff. B) der Beschlussvorlage ein, die für die kommunalen Kapellen im Stadtbezirk Stieghorst zu folgenden Ergebnissen geführt hätten:

Kapelle Sieker

Aufgrund der Anzahl von Trauerfeiern und der umfassenden Renovierungen im Inneren könne die Kapelle mit vergleichbar geringem finanziellen Aufwand erhalten und entwickelt werden.

Kapelle Ubbedissen

Wegen der schlechten Kostendeckung und zu erwartenden größeren Investitionen werde für diese Kapelle das Entwicklungsziel „Substanzerhaltung“ verfolgt.

Dies bedeute, dass sie auf dem jetzigen Niveau in Ordnung gehalten werde (Durchführung erforderlicher Reparaturen), aber in Zukunft nicht mehr in Modernisierungsmaßnahmen investiert werde.

Kapelle Lämershagen

Die Kapelle könne mit durchschnittlich 5 Nutzungen pro Jahr nicht wirtschaftlich betrieben werden.

Jede Trauerfeier verursache einen städtischen Zuschuss in Höhe von 1.152 €. Das Entwicklungsziel sei die „Außerdienststellung“.

Aufgrund der guten baulichen Substanz und der Randlage auf dem Friedhof seien eine Folgenutzung oder ein Verkauf vorstellbar.

Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) merkt zur vorgesehenen Außerdienststellung der Kapelle Lämershagen an, dass bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung die vom Umweltbetrieb selbst verursachten Kosten berücksichtigt werden müssten.

Außerdem müsse die Konzeption mit der Bürgerinitiative abgestimmt werden.

Auch die Wirtschaftlichkeitsberechnung für die Kapelle Ubbedissen müsse unter Berücksichtigung der anteiligen UWB-Kosten erfolgen.

Frau Hennen bestätigt, dass die sonstigen Kosten von den Bewirtschaftungskosten für die Kapellen getrennt würden.

Für die Kapelle Lämershagen müssten diese Kosten noch detailliert ermittelt werden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay beantragt eine Sitzungsunterbrechung für Einwohnerfragen und eine anschließende fraktionsinterne Beratung.

Ratsmitglied Schliffer (FDP) hinterfragt die Folgen einer Außerdienststellung der Kapelle Lämershagen.

Frau Hennen erläutert, dass nach einer Außerdienststellung grundsätzlich keine Nutzung als Kapelle mehr möglich sei. Trauerfeiern könnte nicht mehr

durchgeführt werden. Im Falle einer entsprechenden Trägerschaft wäre diese Nutzung evtl. aber weiterhin möglich.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier vertritt die Ansicht, dass eine Außerdienststellung keine Lösung sein könne.

Der Umweltbetrieb müsse mit der Kirchengemeinde Ubbedissen und dem Förderverein eine Regelung finden.

Frau Hennen (Umweltbetrieb) sagt Verhandlungen mit der Kirchengemeinde und dem Förderverein zu.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) macht darauf aufmerksam, dass die Kapelle Lämershagen auch für Gottesdienste der Kirchengemeinde Ubbedissen genutzt werde.

Er möchte wissen, ob die Kapelle durch Außerdienststellung entwidmet werde.

Frau Hennen verneint dies.

- Um 20.55 Uhr unterbricht Bezirksbürgermeister Schäffer die öffentliche Sitzung für Einwohnerfragen. -

Ein Bürger befürwortet grundsätzlich eine wirtschaftliche Betrachtung.

Bei einem Vergleich mit den Kosten für andere Maßnahmen (z. B. neuer Kreisverkehr in Hillegossen als Straßenneubaumaßnahme) gehe es bei den Kapellen jedoch um relativ wenig Geld.

Er kritisiert die Außerdienststellung der Kapelle Lämershagen, die künftige Trauerfeiern z. B. in Oerlinghausen erforderlich machen würde.

Ein Bürger möchte wissen, wer die Kapelle nach Außerdienststellung weiterhin instand halte.

Bei Gegenrechnung der Energiekosten für den Betrieb des Friedhofes sowie erforderlicher Wartungskosten werde sich das Einsparpotential erheblich relativieren.

Frau Hennen verweist auf zuletzt jährlich nur 5 Trauerfeiern.

Die Kirchengemeinde Ubbedissen beteilige sich für die Gottesdienstnutzungen nicht adäquat an den Kosten.

Der Gebührenzahler sei finanziell nicht für die Kirchengemeinde Ubbedissen verantwortlich.

Die Instandhaltung nach einer Außerdienststellung müsse noch geregelt werden.

Ein Bürger macht darauf aufmerksam, dass die Kirchengemeinde Ubbedissen in die Kapelle Lämershagen investiert habe.

Frau Hennen bestätigt einen einmaligen finanziellen Beitrag der Kirchengemeinde, dem jedoch städt. Kosten für die Durchführung der Gottesdienste gegenüber stehen.

Verhandlungen würden sich im Anfangsstadium befinden.

Ein Bürger verweist auf das Gemeinschaftshaus Lämershagen, das als städtisches Gebäude seit mehr als 20 Jahren nur durch die Initiative eines Trägervereins seinem Nutzungszweck erhalten bleibe.

Jetzt wolle sich die Stadt in diesem Ortsteil schon wieder zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger von einer Leistung befreien. Dies sei extrem ungerecht.

- Um 21.05 Uhr werden die Beratungen in öffentlicher Sitzung fortgesetzt. -

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier regt an, die heutige Beratung des Kapellenkonzeptes in 1. Lesung durchzuführen.

Vor einer Entscheidung müssten Abstimmungsgespräche mit allen Beteiligten geführt werden.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay schließt sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion an und erklärt die beantragte Sitzungsunterbrechung für eine Fraktionsberatung als erledigt.

Bezirksbürgermeister Schäffer stellt abschließend fest, dass Termine für Abstimmungsgespräche und eine Bürgerversammlung noch vor der Sommerpause 2016 gefunden werden müssten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. / 1. Lesung -

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11 Bericht zur Unfallsituation 2015 und der Beratung der Unfallkommission 2016-I

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3227/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole und Mitglied Lasche (Grüne-Fraktion) stellen übereinstimmend fest, dass sich die Unfallsituation im Stadtbezirk Stieghorst positiv entwickelt habe und erfreulich wenige Unfälle mit Beteiligung von Radfahrern erfolgt seien.

Ratsmitglied Schlifter (FDP) bezieht sich auf die in der heutigen Sitzung zu Punkt 3.6 mitgeteilte Anregung des stellvertretenden Schulpflegschaftsvorsitzenden der Osningschule und wirbt dafür, den vorgeschlagenen Fußgängerweg am Ende des Wendehammers der Neuen Straße zu planen sowie Lösungen zur besseren Regelung der Verkehrssituation am Windmühlenweg zu erarbeiten.

Beide angesprochenen Bereiche seien Schulwege und potentielle Gefahrenstellen für Schülerinnen und Schüler.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 11 *

Zu Punkt 12 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Mitglied Mayregger (SPD-Fraktion) bezieht sich auf die von der Bezirksvertretung am 24.09.2015 beschlossenen Radverkehrsanlagen an der Stieghorster Straße.

Gemäß Mitteilung vom 19.11.2015 habe der Beschluss im Jahr 2015 nicht mehr umgesetzt werden können.

Nach Auskunft des städtischen Nahmobilitätsbeauftragten sei die Realisierung witterungsabhängig für das Frühjahr 2016 geplant worden.

Mitglied Mayregger möchte wissen, wann die Maßnahme nunmehr realisiert werde.

Herr Skarabis sagt eine Prüfung und Rückmeldung an die Bezirksvertretung per E-Mail zu.

– Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 09.06.2016 - öffentlich - TOP 12 *
